

Nazi-Kommunalpolitik



MOTTO:
WOLLT DIE GEMEINDE
IHR ZUM ABGRUND
FÜHREN ?
DANN LASST
VON NAZIS
SIE REGIEREN

Strungen-Wirrungen
agogie u. Korruption
der NAZIS

A51938

Friedr. A. Müller
Dortmund-Hombruch
Singerheffstr. 1

Nazi- Kommunalpolitik

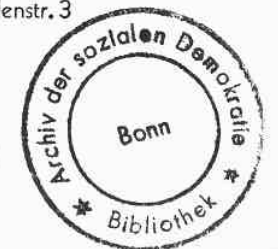
**Irrungen,
Wirrungen,
Demagogie und
Korruption
der Nazis**

Zusammengestellt von der
Kommunalpolitischen Zentralstelle
der SPD.



1932

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3



Inhalt

Vorwort	2
Keine praktische Kommunalarbeit zum Wohle der Einwohner	3
Ehrenamt und Geschäft, Eigennutz und Korruption	5
Nazi-Blüten. Reiniger und Erneuerer Deutschlands	7
Parteibuchbeamte	8
Für die Unternehmer	9
Gegen die Ärmsten	10
Sparsamkeit — die hohen Gehälter	12
Gegen die Volksschule, aber für die höheren Schulen in Braunschweig und Thüringen	13
Vom Paradies Koburg	14
Vom Paradies Braunschweig	14
Nazis im Urteil der bürgerlichen Presse	15
Nazis und Wählerschaft	15
Das Programm nationalsozialistischer Gemeindepolitik	16
Die kommunalpolitische Bilanz der Frick-Herrschaft	16

Vorwort

Durch die letzten Kommunalwahlen sind die Nationalsozialisten auch in die Gemeindeparlamente eingezogen. Die kurze Zeit hat schon genügt, um die wunderlichsten Dinge zu offenbaren. Schon die Stellungnahme ihrer Fraktionen in benachbarten Gemeinden widerspricht sich häufig. Noch wichtiger ist der Widerspruch zwischen den großen Agitationsreden in Versammlungen und Parlamenten (Fensterreden) und den Abstimmungen bzw. der Arbeit in den von der Öffentlichkeit nicht beachteten Ausschüssen und Kommissionen. Theorie und Praxis sind bei ihnen Gegensätze. Kommunale Mitarbeit zum Wohle der Einwohner kennen sie nicht. Praktische Sorge für das Wohl der Ärmsten ist ihnen selbst in der jetzigen Notzeit fremd. Bei der praktischen Kleinarbeit in den Kommunen fällt das sozialistische Mäntelchen schnell, und als reine Arbeiterfeinde, als Nationalkapitalisten stehen sie da.

Keine praktische Kommunalarbeit zum Wohle der Einwohner

Nirgends haben die Nationalsozialisten ernsthafte Bemühungen für das Allgemeinwohl der Einwohner gezeigt. Unzählige Beispiele aus allen Gebieten der Kommunalpolitik beweisen die gemeindefeindliche, ja gemeineschädliche Arbeit, die auch die Kommunen zur Katastrophe treiben soll. Nirgends ernste Aufbauarbeit . . .

sondern: . . . Parteipropaganda (Hitlers Anweisung).

„An erster Stelle steht die Pflicht, seine (des nationalsozialistischen Gemeindevertreters) Tätigkeit unbedingt im Rahmen unserer gesamten politischen Arbeit zu entfalten . . . Er hat seine ganze gemeindepolitische Tätigkeit nur als Propagandist unserer Bewegung auszuüben, und zwar in engster Fühlung mit der Ortsgruppenleitung . . . Der Gewählte hat an dem behördlichen Krimkram des heutigen volksfeindlichen Systems nur insoweit teilzunehmen, als ihm Zeit übrigbleibt nach Erfüllung der seiner Ortsgruppe gegenüber bestehenden Verpflichtungen. In den Gemeinden können wir nun heute einmal keine positive Arbeit leisten. Und das Schwergewicht unserer Tätigkeit liegt nun einmal außerhalb der Parlamente . . .“

(Aus „Die Kommune“, Mannheim, 1. 10. 1930.)

sondern: . . . leeres Stroh dreschen.

„Es ist auf keinen Fall Aufgabe der Nationalsozialisten, in den Gemeinden und Stadtparlamenten sogenannte „positive“ Mitarbeit zu leisten. Steuern sind grundsätzlich abzulehnen. Die Hauptaufgabe besteht darin, dem Gegner bei jeder passenden Gelegenheit zu sagen: Was wollt ihr denn? Ihr seid ja pleitel! Euer ganzes Geschwätz heißt leeres Stroh dreschen!“

Das führte nach dem Bericht der „Schlesischen Tageszeitung“ der Naziredner Franke (Hirschberg) auf der Nazi-Kommunalkonferenz am 19. 7. 1931 in Brockau aus.

(„Volkszeitung“, Liegnitz, 22. 7. 1931.)

sondern: . . . außenpolitische Fensterreden.

Gregor Strasser sagt in einem Artikel: „Grundsätzliches zu den Gemeindewahlen“:

„Unsere Aufgabe ist nur immer, kann nur immer sein, zum Kampf zu rufen. Schaut nicht auf euren Kirchturm! Schaut auf Paris! Redet nicht von euren städtischen Bedürfnisanstalten! Redet von den Plänen der Wallstreet!“

(„Berliner Arbeiterzeitung“, 17. 11. 1929.)

sondern: . . . Agitationsanträge.

Dr. Goebbels schreibt im „Angriff“:

„Wir denken nicht eine Minute daran, irgendwie in der verschuldetsten Stadt Deutschlands (gemeint ist Berlin) etwa mitverantwortlich zu sein oder gar positive Aufbauarbeit zu leisten . . . Unsere positive Mitarbeit wird darin bestehen, vornehmlich den sozialistischen Charakter unserer Partei in Anträgen und Forderungen im Roten Haus (Berliner Rathaus, D. V.) zu bekunden“ (Siehe „Vossische Zeitung“, 14. II. 1929.)

sondern: . . . Münchener Anträge.

Die Antragsfabrik. Der KPD., die wohl überall den Rekord in der Fabrikation von Anträgen gehalten hat, entsteht ein gefährlicher Konkurrent. Ein 48seitiges Sonderheft der „Mitteilungen der Nationalsozialisten in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern“ druckt alle in den letzten Jahren in München eingebrachten Nazianträge ab. Sie preisen das Heft an:

„Wer dieses Sonderheft besitzt, kann niemals in Verlegenheit kommen, denn in diesem Sonderheft sind genügend Musteranträge jeder Art enthalten.“

Bei dem Tatendrang der Nazis, dem Mangel an eigenem Wissen und Können werden also bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten Münchener Anträge hageln. („Gemeinde“, 9/1930.)

sondern: . . . Bereicherung der Parteikasse.

In dem holsteinischen Städtchen Lunden stellten die Nazis Ende 1930 den Antrag, 300 RM. zur Anschaffung von Mänteln für ihre dortigen SA.-Leute zu bewilligen. Der Naziredner, der zunächst eine geheime Sitzung verlangte, die abgelehnt wurde, meinte:

„Die Gemeinden hätten die Pflicht, für die Ausrüstung der nationalsozialistischen SA.-Leute zu sorgen, da die Zeit kommen würde, wo kommunistische Horden über den Ort herfallen und die SA.-Leute auf den Plan treten werden.“

Selbst den Bürgerlichen war dieser Antrag zu stark, worauf die Nazis ihn unter viel Geschimpf und Getöse zurückzogen. Politik ist die Kunst des Beutemachens.

sondern: . . . Finanzierung der SA.-Küche.

In Hirschberg i. Schl. stellten die Nazis den Antrag, die SA.-Küche mit einem monatlichen städtischen Zuschuß von 150 RM. zu unterstützen. Obwohl sie erst von der „unpolitischen“ Küche redeten, erklärte dann der Naziredner Dollan über die Hilfe der Küche ganz offen: „Es ist selbstverständlich, daß nur SA.-Leute in Frage kommen.“ Für dieses Parteisüppchen waren selbst die bürgerlichen Freunde nicht zu haben, so daß der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. („Volkszeitung f. d. Riesengeb.“, 17. 10. 1931.)

sondern: . . . Rettung des Parteiblattes.

Der Hitler-Bürgermeister Schwede von Koburg hat drei von den vier Lokalzeitungen die amtlichen Bekanntmachungen entziehen lassen

und die Veröffentlichung gegen Honorierung nur der nationalsozialistischen „Koburger Nationalzeitung“ belassen. Damit sollen nicht nur die für die unfähige Nazimehrheit lästigen Kritiker geschädigt werden, sondern vor allem soll das nicht auf Rosen gebettete Nazi-Hetzblättchen finanziell untermauert und gefördert werden.

(„Fränk. Volksfreund“, 21. 10. 1931.)

sondern: . . . wüste Schimpferei.

In Markneukirchen i. V. sind die Nazis die stärkste Fraktion und beherrschen auch mit ihrem Stadtverordnetenvorsteher und den Bürgerlichen das ganze Parlament, das nun zum Schauplatz für Tumultszenen geworden ist. Die Nazis toben, brüllen und schimpfen mit den schmutzigsten Ausdrücken gegen die SPD. Der Nazi-Vorsteher schreitet trotz Beschwerden und Aufforderungen nicht ein. Ein Mitglied der Nazi-Fraktion erklärte:

„Dafür haben wir uns einen völkischen Vorsteher gewählt, daß wir das können. Es soll noch besser kommen. Wir führen mit euch den Kampf bis aufs Messer.“

Der Vorsteher selbst erklärte:

„Ja, meine Herren, das müssen Sie sich gefallen lassen. Sie haben das Vertrauen verloren . . . Sie haben kein Recht, sich darüber zu beschweren. Sie haben unser Volk ins Elend gebracht.“

Praktische Arbeit zum Wohle der Bevölkerung kann man das wohl nicht nennen.

Ehrenamt und Geschäft Eigennutz und Korruption

Programm:

Unter 2 c der kommunalpolitischen Programmforderungen der Nationalsozialisten steht folgender Satz:

„Verbot der Übernahme gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen durch gemeindliche Beamte, Angestellte, Stadtverordnete (Bürgerausschußmitglieder) und Stadträte (Gemeinderäte).“

Die Forderung ist gut. Sie ist aus dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm entnommen. Aber die

Praxis:

Selbst abgelehnt haben die Nazis diesen Punkt 2 c im Bretener Rathaus (Baden). Die Sozialdemokraten brachten hier obigen Satz als Antrag ein. Die Nazis brachten das Kunststück fertig: Sie stimmten dagegen, so daß mit Nazistimmen — die Nazi-Forderung abgelehnt wurde.

Auch in Gandersheim stellten die Sozialdemokraten diesen Antrag. Die Nazis lehnten auch hier ab. Nazi-Wortführer ist Herr Hühne, und der ist — Zimmermann.

Nicht ernst zu nehmen. Bei der Vergebung von städtischen Arbeiten in Rastatt i. Ba. erhielten die Nazi-Stadtverordneten Link und Gering den Zuschlag. Die SPD. wies bei ihrem Einspruch auf obigen Nazi-Programmpunkt hin; doch die Nazi-Stadträte ließen ihr Programm im Stich. Der Stadtrat, Notar und Justizrat Dr. Fücke-Michels meinte:

„So sei es im Programm nicht gemeint gewesen; das Kommunalprogramm sei nicht so auszulegen, wie es geschrieben steht!“

Beispiel Nürnberg. Der Stadtrat und Buchdruckereibesitzer Liebel (Nazi) hat sich unmittelbar nach seiner Rede gegen die Vergebung städtischer Arbeiten an Ratsmitglieder einen Druckauftrag von 10 000 RM. geben lassen. („Fränk. Volkstribüne“.)

Eigennutz. Der Nazi-Stadtrat Steiner von Neustadt bei Koburg hatte sich die Eierlieferung für das Krankenhaus gesichert mit der Verpflichtung, die Eier jeweils einen Pfennig billiger als der übrige Handel zu liefern. Es ist festgestellt worden, daß er entgegen der Vereinbarung die Eier um zwei Pfennige teurer geliefert hat, als sie sonst kosteten. („Fränk. Volkstribüne“, 25. 2. 1930.)

Korruptionssumpf Koburg.

Bei der Nazimehrheit in K. sah die Praxis des Grundsatzes vom Eigennutz so aus:

Pg. Stadtrat Schwede ließ sich nach der Machtergreifung schnell ins unkündbare Beamtenverhältnis überführen; inzwischen ist er durch das Parteibuch zum Bürgermeister in Koburg geworden.

Pg. Stadtrat Faber hat bald nach der Wahl die Führung eines fetten städtischen Prozesses übernommen.

Pg. Stadtrat Bernhardt erfuhr in vertraulicher Sitzung von den Kaufabsichten der Stadt für ein bestimmtes Grundstück. Diese Kenntnis benutzte er — nachdem der Verkäufer den Preis der Stadt gegenüber herabgesetzt hatte —, um das Grundstück zu diesem Vorzugspreis für sich zu erwerben.

Pg. Stadtrat Streng hat durch seinen Kollegen Schmidt die Beschlagnahme einer Wohnung in einem Hause gefordert, das er kaufen wollte und später auch gekauft hat, um so den Kaufpreis durch Entwertung des Hauses herabzudrücken.

Für die eigene Tasche.

Der Nazi-Stadtverordnete Stegemann in Stralsund hat das ihm übertragene Ehrenamt eines Sparkassenvorstandes zur Durchführung arrüchiger privater Makler- und Provisionsgeschäfte mißbraucht, so daß er von seinem Amte enthoben werden mußte.

(„Mecklenburgische Volkszeitung“, 10. 5. 1929.)

Umfangreiche Privatgeschäfte.

hat der Nazi-Stadtverordnete Wolf mit der Stadt Plauen getätigt.

Auch der Nazi-Stadtrat

Zementwarenfabrikant Beer hat es verstanden, sein Stadtratsamt in Plauen zur Erlangung zahlreicher städtischer Aufträge zu verwenden. („Sozialdem. Gemeindeblatt“, 23/30.)

Nazi-Blüten Reiniger und Erneuerer Deutschlands

Nazi-Gemeindevorsteher vergreift sich an Gemeindegeldern. Der Landwirt und Gemeindevorsteher Wüstenberg in Lebbin (Kreis Demmin) hat sich aus der Gemeindekasse zirka 3700 RM. angeeignet. Bei der Vernehmung durch den Landrat hat er sein Amt niedergelegt. („Volksbote“, Stettin, 12. 6. 1931.)

Renten unterschlagen. Der Nazi-Stadtverordnete Wald in Wiesbaden hat Renten armer Geisteskranker in Höhe von 25 000 RM. unterschlagen und anlässlich einer Kindtaufe ein Sektgelage veranstaltet, auf dem die Kleinigkeit von 1000 RM. unter Mithilfe seiner Pg. Stadtverordneter Hollender, Stadtrat Pfeil, Stadtrat und Parteikassierer Piekarski und anderer Parteifunktionäre verjubeit wurde. („Volksstimme“, Wiesbaden, Juni 1931.)

Feine Leute. In Mühlheim i. Ba. wurde von den Nazis eine SPD.-Wählerversammlung gesprengt. Der Strafantrag gegen die Radaubröder hat sich gelohnt. Er zeigte, wer solche Hakenkreuzheldentaten verrichtet. An der Spitze der verurteilten grölenden Versammlungssprenger stehen der Bürgermeister von Obereggen, Herrmann Bärmitinger, der evangelische Pfarrer aus Neunkirchen, ein Postschaffner und ein Kaufmann.

(„SPD.-Pressedienst“, 27. 1. 1931.)

Unterschlagung. In Halberstadt war lange Zeit der Nazimann Engelleiter als Stadtsekretär tätig. Er stellte die Gelder der Stadt auf eine eigenartige Methode „sicher“. Abends nahm er die Geldkassette mit nach Hause. Eines Morgens meldete er sich krank und verweigerte die Auslieferung der Schlüssel. Bei dem gewaltsamen Öffnen wurden genau 30 Pf. gefunden. Dieser Held des Dritten Reiches wurde selbstverständlich wegen Unterschlagung verurteilt.

Nach einem Korruptionsskandal von einzigartigem Ausmaße, bei dem in der Gothaer Stadtkämmerei von nationalsozialistischen Beamten städtische Gelder in großem Umfange unterschlagen worden sind, hat sich der Nazi-Stadtrat Obersekretär Hugo Schmidt mit Gas vergiftet; der Nazi-Stadtsekretär Menz hat sich erschossen. Der dritte der Defraudanten, gleichfalls Mitglied der Nazi-Partei, ist nach der Tat entflohen.

Die Spargelder unterschlagen. Der Obersekretär Hörmann, Vorsitzender der Hitlerei in Amberg (Oberpfalz), mußte seines Amtes enthoben werden, weil er die in Schulen gesammelten Sparpfennige unterschlagen und für sich verbraucht hatte.

(„Vorwärts“, 4. 3. 1931.)

Riesenunterschlagungen in Ludwigslust. Dieses Städtchen ist seit Jahren von „Prominenten“ der „Retter- und Reiniger“-Partei heimgesucht worden. Zuerst war es der Führer der Nazi-Partei, der als Rendant der Bezirksstaatskasse rund 50 000 RM. unterschlug und ein Leben herrlich und in Freuden führte, bis ihn im Frühjahr 1929 sein Schicksal ereilte.

Jetzt hat der Nachfolger in der Parteiführung, der Stadtkassenrendant Kosbi, seinen Dienst plötzlich verlassen und einen Fehl-

betrag von 350 RM. hinterlassen. Bei der Prüfung der Stadtkasse zeigte sich dann, daß Nazi-Kosbi 20 000 RM. unterschlagen hatte. Forstarbeiter fanden ihn im Walde erhängt.

Parteibuchbeamte

Das Programm:

In Heft 10 der Nationalsozialistischen Bibliothek „Nationalsozialistische Gemeindepolitik“ sagt Karl Fiehler auf Seite 69:

„Bei der Anstellung darf weder die Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei oder Interessengruppe noch die Protektion maßgebend sein. Das Parteibuch, auch der eigenen Partei, ist noch kein Befähigungsnachweis.“

Die Praxis

zeigt, daß das Geschrei gegen die Parteibuchbeamten eitel Lüge für den Dummenfang ist. In Wirklichkeit suchen die Nazis schon heute Parteibuchbeamte — aber mit dem braunen Parteibuch.

Hier ein Rundschreiben als Beweis:

NSDAP. Unterbezirk Zwickau Zwickau, den 7. 8. 1931.
Hauptmarkt 5, Ruf 6302.

Sehr wichtig!

An alle Ortsgruppenleiter des Unterbezirks Zwickau.

Werter Parteigenosse!

Sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich hauptsächlich in den letzten Wochen dermaßen zugespitzt, daß binnen kurzem mit dem Sturz des heutigen Systems gerechnet werden muß.

Es muß nun unsere Aufgabe sein, im Falle der Übernahme der Regierungsgewalt durch unsere Bewegung

alle Behörden sofort mit vertrauenswürdigen Beamten zu besetzen und alle Gegner sowie unfähige Leute an die frische Luft zu befördern.

Aus diesem Grunde ist schon jetzt festzustellen, wie die Beamten in den einzelnen Behörden (Gemeindevverwaltungen, Gendarmerie, Schulen, Amtsgerichte usw.) politisch eingestellt sind bzw. wie sie sich zum Nationalsozialismus verhalten. Bei der Aufstellung ist gleichzeitig zu berücksichtigen, daß Beamte, die wohl nicht unserer Bewegung angehören, sonst aber auch keine Gegner und vor allen Dingen tüchtig in ihrem Beruf sind, besonders zu kennzeichnen sind. Da es uns nicht möglich ist, die Aufstellung von hier aus zu machen, wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns hierin tatkräftig zu unterstützen und uns umgehend eine genaue Liste der zuständigen Behörden ihres gesamten Arbeitsgebietes zuzustellen. Die Listen müssen folgendes enthalten: (folgt genaue Aufstellung).

In der angenehmen Hoffnung, bald im Besitz der Listen zu sein, zeichnet mit Hitlerheil Schönherr, Unterbezirksleiter.

Hier ein Inserat aus dem Mitteilungsblatt der Nationalsozialisten, Heft 10/1931 vom 15. 5. 1931, 3. Umschlagseite:

Es ist unbedingt darauf zu sehen, daß freiwerdende Arbeitsstellen im Gemeindedienst durch nationalsozialistische Kräfte besetzt werden, die die nötige Vorbildung und Kenntnisse dazu besitzen. Zurzeit werden für Parteigenossen einige Beamtenanwärterstellen gesucht. Ich bitte die Parteigenossen, bei ihren Behördenvorständen zu erfragen, ob sie in nächster Zeit jüngere Kräfte einstellen werden, damit wir eventuell die betreffenden jüngeren Beamten unterbringen können. Sollten in Gemeinden entsprechende Einstellungen erfolgen oder später irgendwelche Stellen frei werden, bitte ich dringend um Mitteilung, um ggf. vermittelnd eingreifen zu können.

Hans Lenk, Aue, Schwarzenberger Straße 5.

Hier die Praxis! Beispiele für die Praxis gaben die Nazi-Minister Frick und Franzen in Fülle. (Siehe auch Koburg, S. 6.)

Für die Unternehmer

Nazianträge werden vorher den Unternehmern vorgelegt. In einem Rundschreiben aus dem Braunen Haus in München (vom 24. 10. 1930), unterzeichnet vom Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP., Dr. Wagner, heißt es wörtlich:

„Ich selbst, ebenso wie andere Herren der Reichsleitung der NSDAP., sind häufig in Sachsen anwesend. Solche Gelegenheiten könnten stets dazu ausgenutzt werden, Besprechungen in kleinerem Kreise herbeizuführen. Sie könnten in der Wohnung eines der Herren oder an drittem Ort stattfinden . . . Ich glaube, daß auf diese Weise

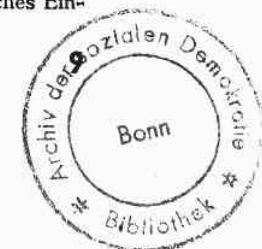
eine gedeihliche Zusammenarbeit unserer Bewegung mit den Führern der Industrie

zum Wohle der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes am besten gesichert ist. Außerdem kann diese Zusammenarbeit eine Grundlage für alle Anträge und Behandlung von Anträgen sein, die in den Parlamenten gestellt werden oder gestellt werden sollen.“

Weiter geht die Abhängigkeit von der geldgebenden Industrie nicht. Sie muß die Anträge vorgelegt bekommen und genehmigen.

Die Reichen werden geschont. In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung wurde am 21. 3. 1930 über folgenden Antrag abgestimmt:

„ . . . daß die für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung in ihrem jetzigen Umfange nötigen Summen durch ein Notopfer mindestens aller derer, die 8000 RM. und darüber jährliches Einkommen haben, aufgebracht werden.“



Die Nazis stimmten gegen diesen Antrag, ebenso wie ihre Reichstagsfraktion, die sich am 9. 12. 1930 auch schützend vor die Großverdiener und Aktionäre stellte.

Nazi-Magistrat schafft Arbeitslose. Der von den Nazis beherrschte Magistrat der Stadt Oberlahnstein kündigte drei städtischen Arbeitern (einem kriegsbeschädigten Friedhofsgärtner, einem städtischen Gärtner und einem Arbeiter, der am längsten bei der Stadt beschäftigt ist). Die Arbeiten wurden privaten Unternehmern zugeschanzt, die dafür erhalten:

insgesamt	3 420 RM.
Die Stellung eines besonderen Wagens kostet	1 560 RM.
An Wohlfahrtslasten muß die Stadt bald zahlen	<u>2 200 RM.</u>
Das sind neue Ausgaben in Höhe von	7 180 RM.
An Löhnen bezogen die drei Arbeiter	7 500 RM.

Ersparnis 320 RM. pro Jahr, dafür drei Familien brotlos und neue Verdienstmöglichkeiten für die Unternehmer!

Gegen die Ärmsten

Theorie:

In der Zeitschrift „Der nationale Sozialist“ veröffentlicht ein Nazi-Stadtverordneter Richtlinien, die die Nazis, ehe sie auf das Rathaus gehen, fleißig auswendig lernen sollen. Es heißt darin:

„Um ihre Haushalte ins Gleichgewicht zu bringen und den Zinsendienst durchführen zu können, gehen die Kommunen dazu über, Wasser-, Gas- und Strompreise für Kleinabnehmer . . . ständig zu erhöhen. Das sind aber alles Lasten, die die breiten Schichten der Bevölkerung zu tragen haben, das ehrlich schaffende Volk und die Minderbemittelten. Dagegen mit Entschiedenheit Front zu machen, soll die Aufgabe der nationalsozialistischen Gemeindevertreter sein.“

Praxis:

In der Stadt Weimar bestimmte der Nazi-Minister Frick, daß der mit einem starken Defizit belastete Etat dadurch ausgeglichen werden muß, daß mit sofortiger Wirkung der Gaspreis um 4 Pf. und der Wasserpreis um 5 Pf. erhöht werden müsse.
(„Volksstimme“, Mannheim, 20. 2. 1931.)

Frick läßt die Armen hungern. Der Kreisrat des Kreises Sonneberg i. Th. hatte mit Wirkung vom 1. 6. 1930 die Fürsorgesätze um ein Viertel erhöht. (Verheiratete mit einem Kind unter 15 Jahren 12 RM., früher 9 RM.) Diese erhöhten Sätze wurden bis Ende Dezember 1930 gezahlt. Aber der Kommunalpolitik treibende Nazi-Innenminister Frick erklärt: 12 RM. ist zu hoch. Ab 1. Januar 1931 durften auf Fricks Befehl nur 9 RM. gezahlt werden.

Gegen die Erhöhung der Fürsorgerichtsätze wettete der Nazimann Balk (Elsterberg) im Plauener Bezirkstag wörtlich:

„Die Sozial- und Kleinrentner sind nicht würdig, die Rente zu beziehen, weil sie nur Faulenzer sind, Spitzbuben, die das Holz in Wäldern stehlen und sonst bis 4 Uhr im Wirtshaus rumkollern und Skat spielen.“

Gegen die Lernmittelfreiheit stimmten die Nationalsozialisten in Plauen.
(„Volksblatt“, Zwickau, 18. 9. 1929.)

Für die Bürgersteuer setzte sich der Nazi-Stadtverordnete und Hotelbesitzer in Neustadt i. Sa. mit folgenden Worten ein:

„Die Negersteuer ist gerecht und billig. Die Erwerbslosen rauchen noch Zigaretten, und die Mädels geben 2.50 RM. für Bubikopfschneiden aus. Da können sie auch Bürgersteuer bezahlen.“
(„Gemeinde“, Nr. 23/1930.)

Gegen die Sozialrentner. Im Stadtratsplenum in Reichenbach i. Sa. lehnten die Nazis alle Erhöhungsanträge der SPD. ab und beschlossen (gemeinsam mit den Rechtsparteien) eine Herabsetzung der Bezüge der Sozialrentner.

Gegen die Erwerbslosen. Kaum hatten die Nazis am 11. Mai 1930 ihren Wahlsieg in Gotha i. Th. (von 2 auf 11 Mandate) kassiert, als das Wohlfahrtsamt dem größten Teil der Unterstützungsempfänger ankündigte, daß sie von jetzt ab keine Unterstützung mehr bekommen könnten. Den übrigen wurden die Beträge erheblich gekürzt.
(„Vorwärts“, 24. 5. 1930.)

Gegen die Wohlfahrtserwerbslosen. Im Augsburger Stadtparlament ging es am 23. Oktober 1931 um die Rettung der Unterstützungsgelder für die Wohlfahrtserwerbslosen. Die Haltung der Nazis ging aus folgenden Worten ihres Stadtrates Schneider hervor:

„. . . es geht uns Nationalsozialisten gar nichts an, ob und woher Geld für die Wohlfahrtserwerbslosen kommt!“

Das stimmt. Um das Los der Ärmsten zu lindern, haben sich die Nazis nie ernsthaft Gedanken gemacht.

(„Schwäb. Volkszeitung“, 24. 10. 1931.)

Ein Irrtum. In Blankenburg stimmten die Nazis einem KPD.-Antrag auf Unterstützung der Arbeitslosen zu. In der nächsten Sitzung hoben sie wegen Irrtums den Beschluß auf!

Gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm des 9. Niederschlesischen Provinziallandtages, das 9000 Erwerbslosen je dreizehn Wochen Arbeit brachte, stimmte der nationalsozialistische Gau-geschäftsführer Herda aus Schweidnitz im Mai 1930.

Gegen Notstandsarbeiten, die langfristige Wohlfahrtserwerbslose gegen tarifliche Entlohnung ausführen sollten, stimmten die Nazis in Plauen am 7. Februar 1930, weil die Notstandsarbeiten wegen unzureichender Arbeitsleistung der Erwerbslosen für die Gemeinde viel zu teuer würden.

(„Soz. Gemeindeblatt“, Chemnitz, Nr. 4/1930.)

Gegen die Winterhilfe für Erwerbslose waren die nationalsozialistischen Stadträte in Karlsruhe.

(„Kommune“, Mannheim, 15. 1931.)

gegen die Weihnachtsbeihilfe für Krisenunterstützungsempfänger und ausgesteuerte Erwerbslose stimmten im Plauener Stadtparlament die beiden wilden Nazis Wolf und Fack.
(„Soz. Gemeindeblatt“, Chemnitz, Januar 1931.)

Für die ausländischen Arbeiter in der Landwirtschaft setzte sich der Naziführer im Kreistag des Kreises Osterode mit beredten Worten ein. Bei der Abstimmung war die Nazi-Fraktion gemeinsam mit dem Gutsbesitzer für weitere Beschäftigung polnischer Landarbeiter.
(„Gemeinde“, 23/1930.)

Sparsamkeit - die hohen Gehälter

Das Geschrei nach Sparsamkeit ist üble Agitationslüge. Das Schimpfen über die hohen Gehälter ist demagogisch und unehrlich.

In der Praxis geschieht genau das Gegenteil

Einige Beispiele:

In Gelsenkirchen leiten nur „vier“ Direktoren die Gaswerke. Als sich die Möglichkeit der Einsparung einer dieser Stellen ergab, stimmten die Nazis mit der KPD. und der Rechtsfraktion für die Neubesetzung dieser vierten, überflüssigen Stelle mit einem Jahresgehalt von 19 578 RM.

In München standen im Frühjahr 1930 die Anträge zur Kürzung des übermäßigen Gehaltes des bayrisch-volksparteilichen Oberbürgermeisters Scharnagel zur Abstimmung. Die Nazis haben sich gedrückt und den Sitzungssaal verlassen.

In Halle haben die Nazis Ende September 1930 gemeinsam mit den Bürgerlichen gegen einen SPD.-Antrag gestimmt, der einen gestaffelten Abbau (5 bis 40 Prozent) der Spitzengehälter der städtischen höheren Beamten und Direktoren über 8000 RM. forderte. Die eingesparten Gelder sollten für soziale Zwecke verwandt werden.

In Danzig haben die Nazis die ganze Wahlagitation mit der Forderung auf gründlichen Abbau der hohen Gehälter bestritten. Als sie nach der Wahl die praktische Möglichkeit dazu hatten, wurden sie ausgesprochene Schützer der hohen Gehälter.

1. Sie lehnten den SPD.-Antrag auf Herabsetzung der Senatorengelöhner auf 1200 Gulden (Senatspräsident 2200 Gulden) ab und bewilligten den Senatoren 1500 und dem Präsidenten 2500 Gulden.
2. Sie beseitigten außerdem die bisher bestehende Anrechnung der Volkstags-Diäten auf die Senatorengelöhner.

Erfolg: Da unter der neuen parlamentarischen Form die Senatoren meist ihre Abgeordnetensitze behalten, bleiben ihnen künftig die Diäten, so daß die geringe Gehaltskürzung von 1750 auf 1500 Gulden fast völlig wieder wettgemacht ist.

(„Danziger Volksstimme“, 3. I. 1931.)

In Osnabrück erhöhten die Bürgerlichen die Bezüge des Oberbürgermeisters im September 1930 um zirka 30 Prozent auf dem Umwege über die Wohnungsmietfestsetzung. Der Vertreter der

Nazis, Herr Marxer, enthielt sich der Stimme und bewies, daß das Geschrei über die hohen Gehälter eben nur Geschrei ist.
(„Freie Presse“, Osnabrück, 22. 9. 1930.)

Ganz dumme Agitation leisteten sich die Nazis in Oels i. Schl. mit folgendem Antrag:

1. Alle Gehälter über 300 RM. sind um 50 Prozent zu kürzen.
2. Alle Gehälter von 200 bis 300 RM. erfahren eine Kürzung von 25 Prozent.
3. Die Pensionen sind um 50 Prozent herabzusetzen.

Die Unsinnigkeit und Undurchführbarkeit dieses Agitationsantrages stellt sich sofort heraus, wenn man einmal nachrechnet, daß z. B. 320 RM. abzüglich 50 Prozent 160 RM. ergeben; aber 280 RM. weniger 25 Prozent 210 RM. sind.

Gegen die Volksschulen, aber ...

Im Nazi-Programm, das von den Führern „unter Einsatz des eigenen Lebens rücksichtslos durchzuführen“ ist, heißt es:

„Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volkswirtschaftswesens Sorge zu tragen.“

In Braunschweig.

Blutige Theorie! Das zeigt Herr Franzen, der durch den Volksschulabbau ab 1. 4. 1931 in dem kleinen Braunschweig 130 Lehrerstellen beseitigt und die Klassenbesuchsziffer von 32 auf 40 bis 42 erhöht. Der Zuschuß für Schülerwanderungen wurde von 12 000 auf 10 000 Mark gekürzt. In der gleichen Zeit wurde

... aber für die höheren Schulen

bestens gesorgt. Nur eine Stelle (und das ist die eines Sozialdemokraten) wurde am gesamten höheren Schulwesen eingespart. An der Technischen Hochschule wurden sogar zwei neue Stellen geschaffen. Der Höheren Landesbauschule (durchschnittlich 360 Schüler) wurden die Gelder für Ausflüge von 1600 auf 2400 RM. erhöht. Diese eine Schule bekam die Zuwendungen für den Posten „verschiedene Ausgaben“ von 830 RM. auf 6000 RM. erhöht. Die Jahrhundertfeier dieser Schule wurde von Franzen mit einem Staatszuschuß von 5300 RM. bedacht. („Volkslehrer“, Nr. 7/1931.)

In Thüringen

schuf Herr Frick das Nazi-„Schulparadies“. Zur Zeit des SPD.-Ministers Greil betrug die Klassenbesuchsziffer in den Volksschulen etwa 35, sie wurde von den beiden folgenden „Ordnungsbund“-Regierungen auf 40 erhöht.

Gegen die Volksschulen betätigte sich Herr Frick dann weiter. Er ordnete an, daß es ab Ostern 1931 in Thüringen überhaupt nur noch Klassen mit 48 Schülern geben darf (in Altenburg sogar über 50). Trotzdem die Schülerzahl um 11 000 gestiegen ist, wurden 300 Lehrerstellen abgebaut.

Gegen die Berufsschule hat Herr Frick am schlimmsten gewütet. Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer, Erhöhung der Klassenfrequenz, Herabsetzung der Stundenzahl der Schüler von 8 auf 6 (Ungelernte 4). Insgesamt 10 Prozent Ersparnisse bei der Berufsschule.

Für die höheren Schulen mag der Hinweis dienen, daß die durchschnittliche Klassenbesuchszahl etwa 17 beträgt. Die Etatskürzungen betragen bei den höheren Schulen nur 1/2 Prozent, obwohl die Schülerzahl um über 4500 gesunken ist und bei gleichbleibender Schülerzahl 250 Lehrer frei geworden wären.

Die Universität ist vom Abbau überhaupt nicht betroffen worden.

Vom Paradies Koburg

In Koburg haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit und zeigen, was sie können:

Der stolze Anfang: Nach dem Nazi-Sieg wurden zunächst Mehrausgaben in Höhe von 332 420 RM. beschlossen. Um die Deckung kümmerte man sich nicht. Sparanträge des Kämmers, welche insgesamt 34 940 RM. ausmachten, wurden großzügig abgelehnt. Es wurde sogar eine weitere neue Ausgabe von 20 810 RM. beschlossen. Dann ging man an Steuerermäßigungen, um die Wahlversprechen zu erfüllen. Feuerschutz- und Straßenreinigungsabgabe wurden aufgehoben. Man verzichtete auf den gemeindlichen Verwaltungskostenanteil der Mietzinssteuer. Die Gemeindeforschläge zur Grund- und Vermögenssteuer wurden von 400 auf 300 Prozent ermäßigt.

Die Ernüchterung: Das Etatsdefizit schnellte von 292 000 auf 954 470 RM. Die Regierung mußte als Aufsichtsbehörde eingreifen und machte alle Steuersenkungen rückgängig, erhöhte die Zuschläge auf 490 Prozent und führte die Kopfsteuer ein. Selbst Gas-, Wasser-, Strom- und Müllabfuhrgebühren mußten erhöht werden. Nun können die Nazis demagogisch auf die böse Regierung schimpfen.

Das Paradies Braunschweig

Die finanzielle und personelle Mißwirtschaft des Regimes Franzen begann sich bald für die finanzielle Lage des kleinen Ländchens verhängnisvoll auszuwirken. Die dauernden Zwangspensionierungen republikanischer Beamter hat den Pensionsetat zu der schwindelnden Höhe von 7 Millionen RM. heraufgetrieben.

Der Kredit des Landes wurde dadurch vollständig zerstört. Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion schreibt in einem Artikel in der Braunschweiger Landeszeitung, daß die Bemühungen des deutschnationalen Finanzministers, die kurzfristigen Kredite in langfristige Anleihen umzuwandeln, gescheitert

sind. Das kleine Land mit rund einer halben Million Einwohner trägt eine Schuldenlast von über 52 Millionen RM. Es benötigt dringend 10 Millionen RM. zur Deckung der notwendigsten Ausgaben. Niemand will dieser Franzen-Wirtschaft Kredit geben. Von Wirtschaftskreisen mußte man schon eine Abfuhr einstecken. So führte Nazi-Franzen das Ländchen an den Abgrund und — verließ dann seinen Posten.

Nazis im Urteil der bürgerlichen Presse

Nationalsozialistische Katastrophenpolitik ist ein Artikel einer deutschnationalen Zeitschrift überschrieben. Er enthält folgende, auf die Nazimehrheit in Koburg gemünzten Sätze:

„Sie sind im wesentlichen für alle Ausgaben — und tragen neue große Aufgabenprogramme bereits in ihrem Busen. Aber alles soll und muß durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Wo diese herkommen, wissen auch die Nationalsozialisten weder heute noch in Zukunft zu sagen. Sie gehen bewußt der „nahen“ Katastrophe entgegen. Ohne zu wissen, was sie dann machen wollen, sehnen sie sich allem Anschein nach dieser Katastrophe, um in dem sich dann ergebenden Durcheinander zur Macht zu kommen. Schwülstige Einbildung erfüllt ihr Herz. Das ist der Eindruck, den die von Entschuldigungen strotzenden Ausführungen des Stadtrats Schwede hinterlassen mußten
 („Gemeinde“ 20/1929.)

Bolschewisten. In einigen bürgerlichen Zeitungen (Pfälzische Bürgerzeitung, Nürnberger Bürgerzeitung, Mittelstandszeitung usw.) lesen wir folgendes charakteristische Urteil über die Nationalsozialisten in den Gemeindeparlamenten:

„... In der Tat, in der Zügellosigkeit der Forderungen, in der Skrupellosigkeit, die von keiner Verantwortung getrübt ist, übertrifft die Partei bei weitem die Kommunisten. Da fliegen die Anträge nur so durch die Parlamente. Mit Milliarden wird herumjongliert, als wenn sie Dreck sind. Der Gedanke, daß diese brutalen Forderungen auch bezahlt werden müssen, beschwert diese Geister nicht. Sie versprechen jedem das Blaue vom Himmel herunter, reden morgen in anderer Gemeinschaft so skrupellos das Gegenteil von dem, was sie gestern gesagt haben, daß es nur so eine Art hat. Mit einem Worte, sie machen auch nicht um einen Deut andere Politik als ihre Gegenspieler, die Kommunisten, mit denen sie ja auch so eine Art „Arbeitsgemeinschaft“ in den Parlamenten gebildet haben... Bolschewist bleibt Bolschewist, ob mit oder ohne Wort „national“...“
 („Gemeinde“ 14/1929.)

Nazi und Wählerschaft

Die Wahl ist ja vorüber. Die SPD. hatte im Zwickauer Stadtparlament Anträge über Hilfsmaßnahmen zugunsten der Erwerbslosen eingebracht. Mit den Stimmen der Nazis wurde die Behand-

lung dieser Anträge abgelehnt. Auf die entrüsteten Zurufe der Linken über diesen Verrat an den nationalsozialistischen Arbeiterwählern antworteten die Nazis nur: „Die Wahl ist ja vorüber!“ („Dresdener Volkszeitung“, 26. 9. 1930.)

Wie die Nazis über ihre Wähler denken. In einer Versammlung in Holzminden erklärte der Nazi-Landtagsabgeordnete Bertram:

„Wir Nationalsozialisten können nichts auf eine Mehrheit geben. Eine Mehrheit ist heute so, und morgen kann sie wieder anders sein, denn das deutsche Volk ist dumm, faul und blöde.“

Das nationalsozialistische Kommunalprogramm

wird in dem Artikel von W. Auerbach: „Was wollen die Nationalsozialisten in den Gemeinden?“ eingehend und ausführlich (16 Seiten) in der Zeitschrift „Die Gemeinde“ (Heft 11/1931) besprochen.

Die kommunalpolitische Bilanz der Frick-Herrschaft

wird von dem thüringischen Landtagsabgeordneten Curt Böhme in einem ausführlichen Artikel in Heft 22 (Seite 1038—1045) der Zeitschrift „Die Gemeinde“ gezogen.